

# Frankfurter Rundschau

Bad Homburg und Hochtaunus - 28.06.2016

OBERURSEL

## Kritik an „Zwangsverlegungen“

Von Götz Nawroth



„We want to stay in Oberursel“: Protest am Landratsamt in Bad Homburg.

Foto: regine schütz

**Flüchtlinge in Oberursel protestieren gegen ihre Umzüge. In einem offenen Brief an den Kreis protestieren sie gegen „Zwangsverlegungen“.**

Eigentlich geht es voran bei der Flüchtlingsunterbringung in Oberursel. Neue Unterkünfte werden errichtet und in Betrieb genommen, die hässlichen Container an der Karl-Hermann-Flach-Straße sollen bald verschwinden. Der Hochtaunuskreis feiert das schon als großen Erfolg, doch unter den Geflüchteten machen sich derzeit Wut und maßlose Enttäuschung breit: 50 der etwa 200 Leute sollen nicht in die ersehnten Neubauten einziehen, sondern stattdessen aus Oberursel fortgebracht werden.

Am heutigen Mittwoch, das erfuhren die Geflüchteten vor einer Woche, sollen sie umziehen. Um 15 Uhr sollen bestellte Taxis vorfahren. Ein Umzug innerhalb des Kreisgebietes zwar, aber weg von dem gewohnten Umfeld, das die Menschen teils schon seit Jahren kennen. Dagegen machen nun Flüchtlingshelfer mobil. Ein Verbund aus fünf Gruppen protestiert gegen die Umzüge in einem offenen Brief. Die Empörung ist groß, sie sprechen von „Zwangsverlegungen“. Nicht nachvollziehbar sei es, dass die Menschen erst kurz vor dem Termin vom Umzug erführen.

Aus Arbeits- und Praktikumsstellen würden sie herausgerissen, zum Teil aus Sprach- und Integrationskursen, aus bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. „Geflüchtete sind Menschen“, wird betont, mit diesem Manöver aber würden diese Menschen aus Somalia, Eritrea, Pakistan oder Afghanistan zum Spielball der Kreisverwaltung.

Harald Schuster und Irina Dannert gehören zu den Verfassern des Briefes. Schuster ist Sozialarbeiter bei der Flüchtlingsfamilienhilfe im Verein Windrose, Dannert engagiert sich bei den Sprachlehrern von „Teachers on the Road“. Sie hatten gestern zu einem Info-Treffen geladen, an dem sich außer der lokalen Presse auch Vertreter des Kreises beteiligen sollten. Die Beigeordnete Katrin Hechler war eingeladen worden. Doch stattdessen kamen: Streifenwagen. Sie seien von der Polizei dann aufgefordert worden, das Treffen als eine Kundgebung anzumelden, sagt Dannert.

Dann sind die Geflüchteten spontan mit Schildern zum Landratsamt gefahren, haben dort protestiert. Katrin Hechler hatte in einer E-Mail an die Aktivisten abgesagt, aber die Sicht des Kreises in einigen Sätzen umrissen. Der kurzfristige Abriss habe nach ihren Angaben keine Alternative zum kurzfristigen Umzug gelassen. Es sei stets betont worden, dass längst nicht für alle Bewohner der alten Unterkunft Platz in den geplanten Neubauten sei. In den umliegenden Städten Bad Homburg, Königstein und Friedrichsdorf sei es komfortabler. Auf dringliche Anliegen wie medizinische Gründe oder bestehende Praktikums- oder Arbeitsstellen werde man aber gerne Rücksicht nehmen. Das verspricht Hechler auch in einer Mitteilung, die gestern versandt wurde.

Gerade das aber geschehe nicht, sagt Schuster. „Einer der Betroffenen lebt seit zwölf Jahren in dieser Unterkunft“, sagt er verärgert. „Der arbeitet in der Gastronomie hier und soll nun nach Königstein gebracht werden. Das ist doch nicht die gepriesene ‚Modellregion Integration Hochtaunus‘.“ Noch immer hoffen die Geflüchteten und die Helfer auf ein Einlenken in letzter Minute. Was, wenn die Taxis vorfahren, und niemand einsteigen will? „Dann könnte der Kreis das auch mit Zwang durchsetzen“, so Schuster.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/bad-homburg-und-hochtaunus/oberursel-kritik-an--zwangsverlegungen-,1472864,34432472.html>

